

Führungen gestellt hat. Auf unserer Seite ist auch von der neuen Regierung einmütig erklärt worden, daß der Reichstag in dieser Hinsicht festgehalten wird. Wir hoffen nur, daß von allen Seiten in nicht zu ferner Zeit die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die die eine oder die andere notwendige Verständigung zwischen den beiden Kammern nach im Wege stehen. Wir haben ferner die volle Einmütigkeit der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber den Differenzen zwischen England und den Vereinigten Staaten festgestellt.

feststellen können, und die Presse aller Richtungen hat mit Recht die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es gelingen möge, diese zwischen den beiden großen Staaten existierenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Unsere Haltung selbst ist auf Grund der außenpolitischen Situation klar und gegeben. Deutschlands Politik ist festgelegt durch die Verträge von Locarno und durch den Vertrag von Versailles, und an dieser Grundlage werden wir festhalten. Meine Herren! Ich habe heute nicht beabsichtigt, mich mit den Parteien und der Presse über die gemeinsamen Wünsche und grundsätzlichen Aufgaben auszusprechen. Mit aller Kritik, aber ich habe nicht beabsichtigt, mich mit der Regierung selbst einmal die Rolle der Kritik zu erlauben. Ich habe heute beabsichtigt, Ihnen mitteilen zu wollen, was ich persönlich in den letzten Jahren manchen erreicht ist, was wir auf der Erfolgsebene haben können. Es hat beispielweise Zeiten gegeben, in denen das Wort des deutschen Staatsmannes nur noch seiner Parteiangehörigen und nach dem Stande der innerpolitischen Politik mit sich herumgetragen worden ist. Ich glaube, daß wir diesen Zustand in gemeinsamer Arbeit doch überwinden haben. Ich darf auch ruhig aussprechen, daß die vielen friedlichen Schlachten, die wir mit der deutschen Presse gemeinsam auf der großen Konferenz in Genf geschlagen haben, und so zusammenzuführen, daß wir der Welt trotz aller politischen Gegensätze doch wieder das Bild eines einheitlichen deutschen Volkes und Volkes zeigen. Wenn wir das, was wir auf außenpolitischen Gebieten gelernt haben, auch auf unsere inneren Fragen und Sorgen anwenden, dann meine Herren, ist ein guter Schritt vorwärts getan. Lassen Sie mich den heutigen Abend, an dem die auswärtige deutsche Presse aller Richtungen und Schattierungen einträchtig versammelt ist, in diesem guten Sinne werten und beenden.

Dem Kanzler dankte der bayerische Ministerpräsident Heilmann in seiner Eigenschaft als Belegter.

Ein Erlaß über Entlastung der Finanzämter.

Berlin, 2. März. Mit Rücksicht auf die schwierige Geschäftslage der Finanzämter, die durch die großen Rückstände aus dem Jahre 1926 einerseits und die Belastung mit Sonderarbeiten, Vorkassezahlungen und anderen Umständen andererseits entstanden ist, hat der Reichsfinanzminister Dr. Brücker am 2. März 1927 einen Erlaß über die Entlastung der Finanzämter erlassen. Der Erlaß enthält Bestimmungen, die sich auf die Einheitsbewertung und Vermögensgegenstände der Steuerpflichtigen beziehen. Im Einzelnen ist die Befreiung von der Einheitsbewertung für die Steuerpflichtigen bestimmt, daß fortan abzuführen nur noch zweimal monatlich von monatlichen Vorauszahlungen und monatlichen Vorauszahlungen abgehen. Diese Neuregelung tritt jedoch erst am 1. April 1927 in Kraft. Der Erlaß über die Entlastung der Finanzämter ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Finanzämter und zur Vereinfachung der Besteuerung. Er ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Finanzämter und zur Vereinfachung der Besteuerung. Er ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Finanzämter und zur Vereinfachung der Besteuerung.

Das Programm des neuen Innenministers.

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtber.) Am Mittwoch nachmittag trat der Haushaltsausschuß des Reichstages wieder zusammen, um die Beratung des Haushaltsplanes 1927 fortzusetzen. Zur Verhandlung steht der wichtige Etat des Reichsinnenministeriums, der bis zum Samstag erledigt werden soll. Am Mittwoch wurden besonders von den Vertretern der Sozialdemokratie Fragen in bezug auf Konfessionsangelegenheiten an den Innenminister gerichtet. Der „Welt Tagblatt“ weiß zu melden, daß man in parlamentarischen Kreisen der Beratung des Haushaltsplanes mit großer Spannung entgegensteht, weil zu erwarten ist, daß die Oppositionsparteien vor allem wegen der Konfessionsangelegenheiten die Auffassung vertreten werden, wenn die Oppositionsparteien nicht von allen guten Geistern verlassen sind, so können sie auf diesem Gebiet ihre Kräfte zu zeigen. Demnach die Sozialdemokraten und die Demokraten in den vergangenen acht Jahren bei der Beratung wichtiger Fragen in den Zentralbehörden des Reiches schlecht weggekommen seien, wird doch wohl niemand zu behaupten wagen. Wenn eine Partei Grund hat zu klagen, so ist es das Zentrum, das aber bekanntlich nicht zur Opposition gehört.

Berlin, 2. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages benutzte die Sitzungspause, um den Etat des Innenministeriums zu beraten. Als Berichterstatter stellte Abg. Dr. Schreiber (Z.) fest, daß der Etat für 1927 einen Aufschwung von 53.356.445 M. zeigt. Der Etat für 1926 war höher mit 81.817.855 M. Auf die fortwährenden Ausgaben entfallen 22.822.022 M., auf die einmaligen 33.443.950 M. Das Gesamte Staatsbudget ist in der letzten Jahren beinahe durch den Etat der Reichsregierung bedingt. Der Etat für 1927 erfordert 41 Millionen mehr als das Gesamte Reichsministerium des Innern überhaup. Die Ausgaben für 1927 betragen 53 Millionen, eine Summe, die aber der Reichsregierung selbst auf 30 Millionen erhöhte. Im Haushaltsplan für 1927 sind 11 neue Planstellen enthalten, demgegenüber sind 10 Stellen gestrichen worden. Von sachlichen Ausgaben sind u. a. angefordert als Beitrag für die deutsche Hochschule für Politik 60.000 M. und für die Fremdsprachliche Fortbildung der Reichsbeamten 80.000 M. In einmaligen Ausgaben sind beinahe 2 Millionen für besondere wissenschaftliche Aufgaben der Reichsregierung, ein Titel, der übrigens schon 1925 erschien, für den Bau des Reichs-Wissenschaftsinstituts für Anthropologie, menschenliche Vererbungslehre und Eugenik 300.000 M., ferner eine erste Baureise für den Neubau eines Wissenschaftsinstituts in Dahlen, des sogenannten Bauernwissenschaftsinstituts, 500.000 M. Für die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Beteiligung an internationalen Olympischen Spielen in Amsterdam im Jahre 1928 sind 150.000 M. ausgeworfen, ebenso als

Krasse Imparität im preußischen Handelsministerium.

Hauptausschuß des Preussischen Landtages.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtber.)

Die Mittwochssitzung des Hauptausschußes des Preussischen Landtages war große Schlaglichter auf die ungeheure Imparität im preussischen Handelsministerium. Der Zentrumsabgeordnete Weginger nahm in verbitterter Weise dieses Problem bei der Beratung des Etats für Handel und Gewerbe in Angriff. Er ging in seiner einflussreichen Rede davon aus, daß dem Zentrum böswillig der unberechtigte Vorwurf gemacht werde, es habe „Futtertruppenwirtschaft“ getrieben. Er wolle noch einmal den Versuch machen, dieses Märchen zu zerlegen und zwar durch Bekanntgabe der Paritätsverhältnisse im Handelsministerium. Dort seien von den ungefähr 85 höheren Beamten nur vier Angehörige der Zentrumsparität. Wohl habe die Zentrumsparität auch in Preußen in den letzten Jahren im Interesse von Volk und Land die größten Opfer gebracht, in der Verwaltung aber sei sie im allgemeinen in Einzelverwaltungen überhäupt nicht nennenswert vertreten. Die Tatsache, daß von etwa 85 höheren Beamten nur vier der Zentrumsparität angehören, beweise mit aller Deutlichkeit, daß die Zentrumsparität keine Futtertruppenpolitik getrieben habe, sondern daß sie im Gegenteil allzu bescheiden gewesen sei. Abgeordneter Weginger wies des ferneren auf einen Antrag hin, den die Zentrumsfraktion im Landtag vor einiger Zeit gestellt hat:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, zur Abmilderung der bestehenden krassen Imparität bei der Einstellung von Beamten, ebenso bei der Einberufung von Hilfsarbeitern in die Ministerien auf die Katholiken in einem ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Maße Rücksicht zu nehmen.

Auch hier nach der konfessionellen Seite der Parität lämen die Katholiken im Handelsministerium kaum zur Geltung. Unter den 85 Beamten seien ganze 8 Katholiken, die heute nicht mehr alle sich zur katholischen Religion bekennen. Obwohl der katholische Volksteil Preußens hervorragende Leistungen für Volk und Land aufzuweisen habe, seien früher mit besonderer Rücksicht die Katholiken berücksichtigt worden. Hierin sei vieles wieder gut zu machen. Der Zustand im Handelsministerium für den katholischen Volksteil untragbar. Der Redner hat den Minister, alles zu tun, um hier den Katholiken und der Zentrumsparität einigermaßen gerecht zu werden.

Der Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, antwortete dem Abgeordneten Weginger, daß er nicht verantwortlich zu machen sei für die Zustände, die von früher her bestanden. Das Handelsministerium sei vorwiegend ein technisches Ministerium. Es finde kein großer Bedarf durch Wechsel usw. statt. Es sei auch die Möglichkeit, neue katholische Beamten herein zu nehmen, sehr gering. Im übrigen könne er, wenn er z. B. einen Spezialisten für das Flugwesen brauche, nicht lange fragen, ob der betreffende Katholik sei oder nicht. Auch verbezie ihm die Verfassung, bei Einstellung von Beamten diese zu fragen, welcher Konfession sie angehören.

Auf die Mitglieder der Zentrumsfraktion wirkte besonders die Form der Antwort des Ministers äußerst befremdend. Abgeordneter Weginger nahm daher noch einmal Gelegenheit, dem Minister zu

antworten, wobei er erklärte, er habe dem Minister persönlich keinen Vorwurf gemacht, sondern nur Tatsachen festgestellt und die Bitte ausgesprochen, der Minister möge das Seine dazu beitragen, um diese schreiende Imparität zu beseitigen. Er bedauere, daß der Minister sich bei seiner Antwort, wie sie immer und immer auch früher gegeben worden sei, auf den Gebrauch von Spezialisten berief. Wenn der Minister auch auf Grund der Verfassung nicht nach Konfessionsangehörigkeit fragen dürfte, so könne er, wenn er wolle, doch mit Leichtigkeit die Konfessionsangehörigkeit des betreffenden erfahren. Der Redner betonte weiter, daß er mit besonderer Rücksicht auf die Anwesenheit der vielen Beamten aus dem Handelsministerium, im Hauptausschuß näher auf die Dinge eingehen müsse. Von den 32 Ministerialräten seien lediglich drei Katholiken, aber sogar darunter kein einziger Zentrumsmann. Von sieben Ministerialdirektoren sei keiner Katholik, von 30 Oberregierungsräten, Regierungsräten, Vergrößen und Gewerberäten seien ganze drei Katholiken. Er habe nur die höheren Beamten herausgegriffen und wolle garnicht den Versuch machen, bei dem Gesamtkörper des Ministeriums die Paritätsfrage zu prüfen. Es müsse bei gutem Willen möglich sein, bei den zahlreichen Beamten im Ministerium auch den Katholiken gerecht zu werden. Die Zentrumsfraktion wolle nicht mehr bitten, sondern sie habe ein Recht zu fordern, daß in der Gesamtverwaltung die Katholiken in einem ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Maße berücksichtigt werden.

Berlin, 2. März. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat die Beratung des Haushalts des Handels- und Gewerbeministeriums fortgesetzt.

Abg. Schmieding (Str.) beantragte die Schaffung einer preussischen oder Reichsministerstelle über die Führung von Hochspannungslinien.

Abg. Conrad (Eul.) verlangte Einschränkung des Haus- und Wanderarbeiterwesens und erklärte, daß die Warenverkehrsbeschränkungen bei den Ministerien sich unwirtschaftlich auswirkten.

Abg. Meyer-Waldenburg (Z. Sp.) kritisierte die Konfurrenz der Seifensieder und der Seifehersteller der Städte sowie Mangel beim Verdingungsstellen.

Abg. Altegeier (Str.) wandte sich gegen die hohe steuerliche Belastung der Wirtschaft.

Die Abgeordneten Mohrboiter (St. V.) und Rieck (Zem.) setzten sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes ein und forderten Berücksichtigung des Handwerks.

Ministerialdirektor v. Mevius äußerte sich zu Klagen über den Warenverkehr und wies auf das Reichsbahngesetz hin. Es seien Verhandlungen im Gange, wobei auch die Regierungspräsidenten und das Handelsministerium mitwirken sollen, um die Klagen abzustellen. Eine endgültige Besserung dürfe man erwarten, wenn das Arbeitsgesetz auch der Reichsbahn mit ihren Nebenbetrieben alle gesetzlichen Vorschriften auferlege.

Ministerialdirektor Seefeldt erklärte, die preussische Staatsregierung sei entschlossen, dem Handwerk die Mittel zur Aufrechterhaltung zu geben. Die einzelnen Handwerke aufrechterhalten. Die den einzelnen Handwerken auferlegten Bestimmungen zur Einschränkung der Lehrlingszahlungen seien von vornherein für untragbar zu erachten. Bei der Forderung der Wirtschaftsverhältnisse sei der Minister bereit, eine Nachprüfung vorzunehmen. Der Ausschuß behandelte dann noch gefordert die Frage der Kreditgewährung an den Mittelstand.

In der Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht empfehle, die früheren Kreditaktionen zu wiederholen. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag, das Staatsministerium ersucht, Vorfrage zu treffen, daß der gewerbliche Mittelstand in Zukunft leichter Kreditmöglichkeiten bekomme.

Berlin, 2. März. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat die Beratung des Haushalts des Handels- und Gewerbeministeriums fortgesetzt.

Abg. Schmieding (Str.) beantragte die Schaffung einer preussischen oder Reichsministerstelle über die Führung von Hochspannungslinien.

Abg. Conrad (Eul.) verlangte Einschränkung des Haus- und Wanderarbeiterwesens und erklärte, daß die Warenverkehrsbeschränkungen bei den Ministerien sich unwirtschaftlich auswirkten.

Abg. Meyer-Waldenburg (Z. Sp.) kritisierte die Konfurrenz der Seifensieder und der Seifehersteller der Städte sowie Mangel beim Verdingungsstellen.

Abg. Altegeier (Str.) wandte sich gegen die hohe steuerliche Belastung der Wirtschaft.

Die Abgeordneten Mohrboiter (St. V.) und Rieck (Zem.) setzten sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes ein und forderten Berücksichtigung des Handwerks.

Ministerialdirektor v. Mevius äußerte sich zu Klagen über den Warenverkehr und wies auf das Reichsbahngesetz hin. Es seien Verhandlungen im Gange, wobei auch die Regierungspräsidenten und das Handelsministerium mitwirken sollen, um die Klagen abzustellen. Eine endgültige Besserung dürfe man erwarten, wenn das Arbeitsgesetz auch der Reichsbahn mit ihren Nebenbetrieben alle gesetzlichen Vorschriften auferlege.

Ministerialdirektor Seefeldt erklärte, die preussische Staatsregierung sei entschlossen, dem Handwerk die Mittel zur Aufrechterhaltung zu geben. Die einzelnen Handwerke aufrechterhalten. Die den einzelnen Handwerken auferlegten Bestimmungen zur Einschränkung der Lehrlingszahlungen seien von vornherein für untragbar zu erachten. Bei der Forderung der Wirtschaftsverhältnisse sei der Minister bereit, eine Nachprüfung vorzunehmen. Der Ausschuß behandelte dann noch gefordert die Frage der Kreditgewährung an den Mittelstand.

In der Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht empfehle, die früheren Kreditaktionen zu wiederholen. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag, das Staatsministerium ersucht, Vorfrage zu treffen, daß der gewerbliche Mittelstand in Zukunft leichter Kreditmöglichkeiten bekomme.

Berlin, 2. März. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat die Beratung des Haushalts des Handels- und Gewerbeministeriums fortgesetzt.

Abg. Schmieding (Str.) beantragte die Schaffung einer preussischen oder Reichsministerstelle über die Führung von Hochspannungslinien.

Abg. Conrad (Eul.) verlangte Einschränkung des Haus- und Wanderarbeiterwesens und erklärte, daß die Warenverkehrsbeschränkungen bei den Ministerien sich unwirtschaftlich auswirkten.

Abg. Meyer-Waldenburg (Z. Sp.) kritisierte die Konfurrenz der Seifensieder und der Seifehersteller der Städte sowie Mangel beim Verdingungsstellen.

Abg. Altegeier (Str.) wandte sich gegen die hohe steuerliche Belastung der Wirtschaft.

Die Abgeordneten Mohrboiter (St. V.) und Rieck (Zem.) setzten sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes ein und forderten Berücksichtigung des Handwerks.

Ministerialdirektor v. Mevius äußerte sich zu Klagen über den Warenverkehr und wies auf das Reichsbahngesetz hin. Es seien Verhandlungen im Gange, wobei auch die Regierungspräsidenten und das Handelsministerium mitwirken sollen, um die Klagen abzustellen. Eine endgültige Besserung dürfe man erwarten, wenn das Arbeitsgesetz auch der Reichsbahn mit ihren Nebenbetrieben alle gesetzlichen Vorschriften auferlege.

Ministerialdirektor Seefeldt erklärte, die preussische Staatsregierung sei entschlossen, dem Handwerk die Mittel zur Aufrechterhaltung zu geben. Die einzelnen Handwerke aufrechterhalten. Die den einzelnen Handwerken auferlegten Bestimmungen zur Einschränkung der Lehrlingszahlungen seien von vornherein für untragbar zu erachten. Bei der Forderung der Wirtschaftsverhältnisse sei der Minister bereit, eine Nachprüfung vorzunehmen. Der Ausschuß behandelte dann noch gefordert die Frage der Kreditgewährung an den Mittelstand.

In der Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht empfehle, die früheren Kreditaktionen zu wiederholen. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag, das Staatsministerium ersucht, Vorfrage zu treffen, daß der gewerbliche Mittelstand in Zukunft leichter Kreditmöglichkeiten bekomme.

Berlin, 2. März. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat die Beratung des Haushalts des Handels- und Gewerbeministeriums fortgesetzt.

Abg. Schmieding (Str.) beantragte die Schaffung einer preussischen oder Reichsministerstelle über die Führung von Hochspannungslinien.

Abg. Conrad (Eul.) verlangte Einschränkung des Haus- und Wanderarbeiterwesens und erklärte, daß die Warenverkehrsbeschränkungen bei den Ministerien sich unwirtschaftlich auswirkten.

Abg. Meyer-Waldenburg (Z. Sp.) kritisierte die Konfurrenz der Seifensieder und der Seifehersteller der Städte sowie Mangel beim Verdingungsstellen.

Abg. Altegeier (Str.) wandte sich gegen die hohe steuerliche Belastung der Wirtschaft.

Die Abgeordneten Mohrboiter (St. V.) und Rieck (Zem.) setzten sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes ein und forderten Berücksichtigung des Handwerks.

Ministerialdirektor v. Mevius äußerte sich zu Klagen über den Warenverkehr und wies auf das Reichsbahngesetz hin. Es seien Verhandlungen im Gange, wobei auch die Regierungspräsidenten und das Handelsministerium mitwirken sollen, um die Klagen abzustellen. Eine endgültige Besserung dürfe man erwarten, wenn das Arbeitsgesetz auch der Reichsbahn mit ihren Nebenbetrieben alle gesetzlichen Vorschriften auferlege.

Ministerialdirektor Seefeldt erklärte, die preussische Staatsregierung sei entschlossen, dem Handwerk die Mittel zur Aufrechterhaltung zu geben. Die einzelnen Handwerke aufrechterhalten. Die den einzelnen Handwerken auferlegten Bestimmungen zur Einschränkung der Lehrlingszahlungen seien von vornherein für untragbar zu erachten. Bei der Forderung der Wirtschaftsverhältnisse sei der Minister bereit, eine Nachprüfung vorzunehmen. Der Ausschuß behandelte dann noch gefordert die Frage der Kreditgewährung an den Mittelstand.

Der Landtag wolle beschließen: a) das Staatsministerium zu ersuchen, alle preussischen Verwaltungen, soweit sie größere Arbeiten und Leistungen zu veranlassen haben, anzumelden, der preussischen Landesbauaufsicht, ein Verzeichnis der Verordnungen einzuräumen; b) den Minister für Handel und Gewerbe zu ersuchen, auf die Reichsregierung bezüglich der Reichsverwaltungsstelle auch weiterhin im gleichen Sinne einzuwirken.

Der Gouverneur der Bank von England in Berlin. Berlin, 2. März. Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, ist heute in Berlin eingetroffen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien. Berlin, 2. März. Zweck Vereinfachung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien haben ernsthafte Verhandlungen zwischen zwei Vertrauenspersonen stattgefunden, in denen die alten Streitpunkte und besondere Wünsche Rumaniens erörtert wurden. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen liegen den beiden Regierungen zur Zustimmung noch vor.

Angültigkeitserklärung einer Wahl. Weimar, 2. März. Der Wahlprüfungsausschuß des Landtages für Thüringen erklärte auf Antrag des ehemaligen Staatsministers Baumbach mit den Stimmen der bisherigen Oppositionsparteien die Wahl des völkischen Abgeordneten Wünsche für ungültig.

Der sächsische Finanzminister in Berlin. Dresden, 2. März. Der sächsische Finanzminister Weber wird am Donnerstag in Berlin eintreffen, um beim Reichsfinanzminister Dr. Brücker vor allem Fragen zu besprechen, die den Finanzansatz betreffen.

Kleine Auslandsnachrichten. Auflösung des österreichischen Nationalrates. Wien, 2. März. Die Bundesregierung hat dem Nationalrat eine Regierungsvorlage überreicht, womit der gegenwärtige Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird. Die Wahlen zum Nationalrat sollen unverzüglich, und zwar zu einem solchen Zeitpunkt ausgeschrieben werden, daß der neu gewählte Nationalrat bis spätestens 27. März 1927 einberufen werden kann. Ferner wurde ein Gesetz vorgelegt, das die Förderung der österreichischen Wirtschaft nach Österreich.

Der Reichsfinanzminister über Deutschlands Reparationsverpflichtungen. Weimar, 2. März. „Welt“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung ihres Berliner Berichterstatters mit Reichsfinanzminister Brücker, bei der dieser betonte, er habe in seiner Weise angegeben, daß Deutschland sich seinen Reparationsverpflichtungen anzunehmen wolle.

Die englischen Bergwerkskatastrophen. London, 2. März. Zu den beiden Bergwerkskatastrophen wird ergänzend gemeldet: 7 wird berichtet, daß mehr als 60 Menschen umgekommen sind. Die erste Katastrophe ereignete sich ungefähr um 1 Uhr früh im Marnebergwerk, einer der größten Gruben der Ebbw Vale-Gesellschaft in Monmouthshire, die normaler Weise ungefähr 1700 Bergleute unter Tage beschäftigt. Ungefähr 1200 Bergleute waren an der Arbeit, als eine Explosion erfolgte. Die Mehrheit konnte sich an die Oberfläche retten, andere aber waren so tief in der Grube, daß ein Entkommen unmöglich war. Die Toten und Vermissten zählen 51. Das Unglück in Nottinghamshire erfolgte in Wisthorpe bei Mansfield um ungefähr 3 Uhr morgens. Das Plagen eines Wasserrohrs verursachte den Zusammenbruch eines Gerüsts, auf dem eine Anzahl von Bergleuten mit Abenteurerarbeiten beschäftigt war. Das Gerüst stürzte zu dem Grund des Schachtes und 14 Mann ertranken.

Nach vorläufiger Mitteilung wurde von der Marne-Grube gemeldet, daß die zu dem Explosionsherd führenden Stellen frei von Gas sind. Starke Rettungstruppen sind unablässig bemüht, die Rettungen zu durchbrechen, um zu den eingeschlossenen Bergarbeitern zu gelangen. Die Sperre ist von außerordentlicher Stärke, jedoch trotz größter Anstrengungen der Durchbruch nicht vor heute vormittag erreicht werden kann. Man hat jede Hoffnung aufgegeben, den Unglücklichen noch rechtzeitig Hilfe bringen zu können. Sollten sich die Verletzungen der Grubenflutung befähigen, so würde die Zahl der Toten übersteigen. Auch auf der Grube in Nottinghamshire gestalten sich die Rettungsarbeiten außerordentlich schwierig.

Bergarbeiterunfugung gegen Baldwin. London, 2. März. Ministerpräsident Baldwin mit seiner Gemahlin hat das von der Katastrophe betroffene Ebbw Vale Bergwerk besucht, wobei die Verehrtheit der Bergleute in verhörmenden Worten zum Ausdruck kam. U. a. wurde dem Premierminister geschrieben: „Warum gehen Sie denn nicht selbst in den Schacht hinunter?“ Baldwin war nicht durch diese Andeutungen außerordentlich irritiert, sondern äußerte aber seine gewöhnliche ruhige Haltung.

Uns aller Welt. Wien, 2. März. Aus Leningrad wird gemeldet, daß in Petersburg ein geheimes Attentat von 41 Metern Länge entdeckt worden sei. In diesem Attentat u. a. eine Kiste mit Briefen des Zaren Nikolaus 2. an den englischen und französischen König aufgefunden. Ferner sind bisher für verschwunden gebliebene historische Dokumente und Briefe gefunden worden.

Versteigerung des ehemaligen Kaiserpalastes in Moskau. Paris, 2. März. Aus Moskau wird gemeldet, daß das frühere Schloß Kaiser Wilhelm 2. in Livadi, das gegenwärtig im Besitz des französischen Staates ist, am 14. März versteigert werden soll.

Vier Jassien eines Autos von Wölfen zerfressen. Jerusalem, 2. März. Bei der Autotournee Beirut-Bagdad wurde ein Automobil, das wegen Motordefektes auf offener Straße Halt machen mußte, von Wölfen überfallen. Die vier Jassien, die keine Waffen bei sich hatten, wurden von den Wölfen zerfressen.

Probeflug eines norwegischen Wasserflugzeugs. Oslo, 2. März. Das Wasserflugzeug Nr. 25, das in dem norwegischen Wasserflugzeugbauwerk hergestellt wurde, flog heute früh 7.10 Uhr für seinen ersten Probeflug auf der Strecke Oslo-Sarvick. Das Flugzeug fliegt wahrscheinlich direkt nach Norwegen.

Rheider

Reichsblatt

Städtisches

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt

Reichsblatt